„KONKRET"-Kongreß in Hamburg über Bedingungen und Möglichkeiten linker Gesellschaftskritik

Was tun? Was nicht tun? – Was ist?

Von BRIGITTE HERING und ANTON LANDGRAF

Die Erwartungen waren hochgespannt, als am Freitagabend im Hamburger Curio-Haus KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza den vor einem halben Jahr angekündigten und seitdem intensiv vorbereiteten Kongreß seiner Zeitschrift, der einzigen Linksradikalen in Deutschland, zu dem programmatischen Thema „Was tun?" eröffnete. Würden die Linken in Deutschland, jedenfalls jene, die sich nach der lautlosen Implosion des Realsozialismus nicht aus der politischen Arbeit verabschiedet haben, sich zu gemeinsamen Handeln zusammenfinden? Zumindest jetzt nach Mölln und Solingen und zumindest in dieser einen Frage? Nicht nur ostdeutsche Idealisten aus dem Umfeld der PDS hatten darauf gehofft, sondern auch viele Westlinke, die in den verschiedensten Restorganisationen ein unbefriedigendes Sektendasein führen.

1 400 Teilnehmer waren aus dem gesamten Bundesgebiet gekommen, ebensovielen war aus Platzmangel und feuerpolizeilichen Gründen rechtzeitig abgesagt worden. Aber kaum hatte der Kongreß begonnen, da stand sein wichtigstes Ergebnis schon fest. Wenn die Zerstörung von Illusionen ein produktiver Vorgang ist, dann war dieser Kongreß ein Erfolg. Nein, e i n e Linke in Deutschland gibt es nicht und wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben. Auch keinen Minimalkonsens über gemeinsame antifaschistische Aktionen. Das Sektendasein geht weiter, zu wohl fühlt man sich in der eigenen Nische.

Ausgrenzung von Anfang an

Es waren ausgerechnet Autoren von KONKRET, die der Ab- und Ausgrenzung das Wort redeten – schon beim Eröffnungsforum „Nein, wir lieben dieses Deutschland nicht", weil dieses Deutschland, so Wolfgang Pohrt für die KONKRET-Redaktion, Auschwitz ermöglicht hat und immer wieder zu Faschismus führen kann. Thomas Ebermann verbat sich gleich reihenweise die Teilnahme bestimmter Leute und Organisationen an diesem Kongreß – die PDS zum Beispiel zeige rassistische Tendenzen. Robert Kurz sei den Sozialdemokraten theoretisch nahe, auch Mitglieder der ehemaligen Marxistischen Gruppe aus München wollte er nicht tolerieren, die heute den „Gegenstandpunkt" herausgeben. Und das, obwohl für die PDS Sahra Wagenknecht und für die Marxistische Gruppe Karl Held auf dem Podium saßen, dazu eingeladen eigens von den Veranstaltern. Dieser Auftakt blieb symptomatisch.

Zum Eklat kam es auf dem Forum „Differenz und Reaktion". Christoph Türcke, Hochschullehrer für Philosophie, konnte seinen Vortrag „Die Inflation des Rassismus" erst nach längeren Auseinandersetzungen beginnen. Ihm wurde vorgeworfen, durch die Verwendung des Begriffs der „Rasse" selbst biologistische Auffassungen zu vertreten. Am Sonntag wurde ihm die weitere Teilnahme verweigert.

Türcke wandte sich in seinem Vortrag gegen den inflationären Gebrauch des Wortes Rassismus. Dieser Begriff werde in der Zwischenzeit für jede Art von Diskriminierung verwendet und könne die Ursachen des Ausländerhasses nicht adäquat wiedergeben. Seiner Ansicht nach liege die Wurzel der Gewaltausbrüche der letzten Zeit in der Entwicklung des Kapitalismus begründet. Dieser habe in der Konsequenz seiner geschichtlichen Dynamik riesige Wüsten der Verelendung in der sogenannten „Dritten Welt" geschaffen, die nun die „Wohlstandsoasen" in den Industrieländern bedrohen. Die Pogrome seien Ausdruck der Besitzstandswahrung. Fremdenfeindlichkeit sei daher direkt mit der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus verknüpft: „Solange die Marktgesetze angesehen werden, als seien sie von Natur, behält auch die Fremdenfeindlichkeit den Charakter einer ganz natürlichen Wirkung."

Kontrovers wurde auch die Frage nach der Möglichkeit eines neuen Faschismus debattiert. Vertreter der Zeitschrift „Gegenstandpunkt" schlossen eine „Faschisierung" schon allein deshalb aus, weil die deutsche Demokratie diese überflüssig mache. In ihr seien bereits alle Elemente einer autoritären Krisenlösung angelegt, ohne daß man deswegen formale demokratische Strukturen beseitigen müsse. Zudem sei kein „innerer Feind" mehr zu überwinden. Die Mehrheit der Bevölkerung stehe in keiner grundlegenden Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft.

„Bevölkerung oft rechts von der Regierung"

Robert Kurz von der Zeitschrift „Krisis" analysierte in seinem Beitrag den krisenhaften Verlauf des Kapitalismus, der in der Tendenz zum Zusammenbruch der Warenökonomie führe. Durch den stetig sinkenden Anteil an menschlicher Arbeit ergebe sich eine unumkehrbare Strukturkrise. Während jedoch in den 30er Jahren der Faschismus als „autarke Krisenlösung" noch dienlich war, scheide diese Möglichkeit heute aus. Durch die zwischenzeitliche Internationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte werde jede imperiale Nationalstrategie ad absurdum geführt. Insbesondere Deutschland mit seiner extremen Exportabhängigkeit könne sich im Kampf um die schrumpfenden Märkte einen neuen Nationalismus nicht leisten. Auf Grund seiner „ökonomistischen" Argumentation wurde Kurz heftig angegriffen.

Demgegenüber wurde in den Beiträgen des Stuttgarter Sozialwissenschaftlers Wolfgang Pohrt und des KONKRET-Herausgebers Hermann L. Gremliza die „Psychogenese" der Deutschen angeführt. Man könne vom objektiven Verlauf der politischen und ökonomischen Krise nicht direkt auf die subjektives Wahrnehmen und Handeln der Beteiligten schließen. In Deutschland habe man es mit einer besonderen Art von Nationalcharakter zu tun, der mit dem Nationalsozialismus nicht verschwunden sei, sondern vielmehr in den jüngsten Ereignissen seine Aktualität bewiesen habe, da die Bevölkerung oftmals weiter rechts stehe als die Regierung (Georg Fülberth).

Aus theoretischer Sicht war es ein anregender Kongreß und allemal eine gelungene PR-Veranstaltaung für die Zeitschrift „KONKRET", der man wegen ihres aufklärerischen Impetus neue Leser nur wünschen kann, im Osten vor allem. Zum Abschluß zeigte sich Hermann L. Gremliza beeindruckt von der ausdauernden Diskussionsbereitschaft der Anwesenden. Die diffamierenden Äußerungen gegenüber den Vertretern der Ostlinken bedauerte er. Viele Westlinke hätten wegen der Fehler in ihrer eigenen Geschichte wenig Anlaß, sich zum Richter über Personen aufzuschwingen, die ein genuines Verhältnis zum ehemaligen Realsozialismus haben.